

Empfänglich für Geheimes - Die (west)deutschen Nachrichtendienste im Äther

von Erich Schmidt-Eenboom

Seinen in die Unterhaltungsindustrie ausstrahlenden Nimbus verdankt das zweitälteste Gewerbe der Welt dem irreführenden Eindruck, sein hauptsächlichlicher Geschäftszweck liege im Einsatz waghalsiger Agenten, die im Rücken des Feindes operieren, und im Führen von Spionen, die sorgsam abgeschottetes Wissen aus den Geheimkabinetten fremder Mächte erbeuten. Mit dem Alltag dieser der Konspiration verpflichteten Behörden hat das nur soviel zu tun, wie der Breitensport mit dem Weltrekord, wenngleich ihr öffentliches Ansehen bzw. die Häme beim Mißlingen solcher Abenteuer aus diesem spektakulären Bruchteil ihrer Tätigkeit resultiert.

Moderne Nachrichtendienste gewinnen etwa 75 Prozent ihrer Informationen aus offenen Quellen; nur ein Viertel resultiert aus ihrer besonderen Aufgabenstellung der Beschaffung geheimer Nachrichten. Diese mit nachrichtendienstlichen Methoden gewonnenen Meldungen stammen wiederum zu etwa drei Vierteln aus der Fernmelde- und Elektronischen Aufklärung (FmElo). Bei den ca. 100.000 Einzelmeldungen, die 1989 pro Jahr in die Auswertung des Bundesnachrichtendienstes (BND) gelangten, wurden also täglich etwa 450 der aus dem Äther gefischten Datensätze für brauchbar befunden.

Nicht nur der Umfang und die Vielfalt an Übertragungsmitteln zur Telekommunikation steigen in den neunziger Jahren sprunghaft an, sondern auch die Begehrlichkeiten der Nachrichtendienste wachsen, mit immer ausgeklügelteren Methoden daraus Honig zu saugen. Doch der Äther war nicht immer das lohnendste Medium nachrichtendienstlicher Fischzüge. Als die Organisation Gehlen 1946 begann, unter Kuratell der CIA vornehmlich die militärischen Strukturen der Staaten des Warschauer Pakts aufzuklären, dominierten die HUMINT-Verfahren (Human Intelligence), sei es, daß in der Operation HERMES zehntausende Rückkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft befragt wurden, oder sei es, daß bei der Operation FAHRRAD der Müll sowjetischer Garnisonen in Österreich durchforstet wurde.

Als der ehemalige Wehrmachtsgeneral Adolf Heusinger noch in Diensten der Organisation Gehlen stand, formulierte er am 30. Dezember 1950 „Gedanken über eine zukünftige deutsche Funkaufklärung“.

Einerseits schöpfte er dabei aus der „Entwicklung der Funkaufklärung in der ehemaligen deutschen Wehrmacht“, andererseits lagen ihm detaillierte Angaben über die damaligen SIGINT-Strukturen der italienischen und französischen Streitkräfte vor. Jedenfalls aber - so der spätere Generalinspekteur der Bundeswehr - seien die Strukturen unabhängig von dem Grad ihrer späteren Einbindung in die entsprechenden Komplexe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu gestalten¹, die 1954 am Widerstand des französischen Parlaments scheiterte.

Die ersten Jahre

Der amerikanische Militärnachrichtendienst CIC (Counter Intelligence Corps) hatte 1946 nicht nur ehemalige Mitarbeiter der Wehrmachtsabteilung Fremde Heere Ost und des Reichssicherheitshauptamtes im Camp Oberursel zusammengezogen, sondern lud auch Experten aus dem effektiven Horchdienst der Wehrmacht² 1946 nach Bad Vilbel ein, um sie für den Aufbau und Betrieb von Aufklärungsstationen zu gewinnen³. Ab 1952 betrieb die Military Intelligence in Lauf an der Pegnitz eine Abhörstation mit solchen Veteranen aus dem Horchdienst der Wehrmacht. Die streng vertrauliche Ausarbeitung vom November 1952 „Beobachtungs-Gebiete der H.-Stelle Lauf“ zeigt, dass der Schwerpunkt der Überwachung mit 14 Horchfunkern auf die Tschechoslowakei mit den Funknetzen des Grenzschutzes und des Staatssicherheitsdienstes gerichtet war, aus denen monatlich etwa 2.000 Sprüche erfasst wurden. Auf den Funkverkehr des Heeres und des Korps der Inneren Sicherheit in Polen waren 2 Horchfunker angesetzt, die monatlich nur etwa 90 Funksprüche aus dem Äther filtern konnten. Wegen häufiger Empfangsstörungen konnten auch aus Ungarn von zwei Horchfunkern nur etwa 100 Heeresfunksprüche im Monat mitgelesen werden und in Rumänien waren zu diesem Zeitpunkt nur die Polizei- und Wetterfunknetze aufgeklärt⁴. Im hessischen Butzbach bezogen die ersten FmElo-Aufklärer der Organisation Gehlen ihr Hauptquartier. Von dort aus wurde die Sowjetunion selbst überwacht und hier erfolgte die Entzifferung der in Lauf erfassten Fernmeldeverkehre. Auch Reinhard Gehlen hatte für seine OG einige Fernmeldeaufklärer und Chiffrierexperten rekrutiert, z.B. als Leiter dieser FmElo-Aufklärung von 1946 bis 1956 Leo Hepp, der nach seinem Einsatz bei der Bundeswehr von 1968 bis 1970 als Leiter der Abteilung II nach Pullach zurückkehrte. Unter ihm wurden die ersten eigenen Lauschposten errichtet, 1952 beispielsweise - getarnt als Südlabor GmbH - eine gegen die DDR gerichtete Station im oberbayerischen Tutzing, die im Februar 1991 aufgelöst wurde.⁵

Vor der Gründung des Verfassungsschutzes hatte die OG die Aufgaben der Spionageabwehr mit übernommen, darunter ab 1950 auch die Funkabwehr, d.h. Erfassung und Auswertung des Fernmeldeverkehrs östlicher Dienste mit ihren Quellen in Westdeutschland. Übernommen wurde diese Funktion vom Funkbeobachtungsdienst in der Gruppe Fernmeldewesen des Bundesgrenzschutzes mit vier Stationen in Heimerzheim, Leer, Lübeck und Rosenheim. Die teilweise auch rechnergestützt aufgezeichneten Funkverkehre werden für den Verfassungsschutz, den BND, das Zollkriminalamt und den Eigenbedarf des BGS genutzt.⁶

Die Technische Aufklärung spielte in den Anfangsjahren des BND nur eine begrenzte Rolle, sie war 1957 - nach der Übernahme der OG in den Bundesdienst - nur durch die beiden Gruppen ND-Technik und -Forschung und Fernmeldewesen/Funkaufklärung in der Abteilung III (Nachrichtendienstlicher Führungsstab) vertreten. Der gigantische Aufschwung der technischen Aufklärung von den Gründerjahren

bis zum Gipfelpunkt des Kalten Krieges wird auch an der Anzahl der damit befaßten Experten ablesbar. Der gesamte Personalbestand des BND betrug 1957 1.245 Mitarbeiter⁷. Dreißig Jahre später waren allein in der Abteilung 2 (Technische Aufklärung) 2.200 Mitarbeiter sowie einige Hundert im Referat 14 B zur Post- und Fernmeldekontrolle, in der Zentralstelle für das Chiffrierwesen und in der Unterabteilung 63 Nachrichtendienstliche Technik und technische Unterstützung mit den drei Referaten Nachrichtendienstliche Technik/Einsatzsteuerung, Geheimverfahren und Technische Physik mit der Fernmeldeaufklärung befaßt. Wie stark der Prozentsatz der Fernmeldeaufklärer im Laufe der Jahre wuchs zeigt der Zahlenvergleich von 1976 zu 1998. Bei jeweils ca. 6.000 Gesamtbeschäftigten waren 1976 475, 1998 mit 1.450 mehr als das Dreifache an BND-Mitarbeiter direkt in der FmElo-Aufklärung eingesetzt.

Die FmElo-Aufklärung der Bundeswehr

Mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik begann ab 1956 auch bei den Streitkräften die Aufstellung von Truppenteilen für die FmElo-Aufklärung. Doch die Wiederbelebung des Horch- und Peildienstes genoß vor der Kuba-Krise 1962 keine Priorität. Mobile Einheiten für den grenznahen Einsatz - vorwiegend zur Aufklärung des Manöverfunks in Ostdeutschland – ergänzten die Ständige Aufklärung im Auftrag des BND. Einige Offiziere und Unteroffiziere wurden in BND-Erfassungs- und Peilstellen in ihre Aufgabenbereiche eingearbeitet..

Im Juli 1957 entstand eine behelfsmäßige Empfangs- und Auswertezentrale in Bergisch-Gladbach, ab 1959 lauschte das Fernmeldebataillon 51 in den HF-Funk der sowjetischen Streitkräfte in der DDR und von 1960 bis 1962 arbeitete die erste Peilstation in Köln-Ostheim. Die eigentliche Aufbauphase währte von 1962 bis zur Mitte der sechziger Jahre. In dieser Zeit entstanden knapp 20 Kurzwellen-Peilstationen der vier Fernmeldebataillone 51, 110, 220 und 320 vom ostfriesischen Riepe bis an den Chiemsee.⁸ Seitens der Luftwaffe waren die Fernmelderegimenter 71 in Osnabrück und 72 in Feuchtwangen für die Fm-Aufklärung im HF- und VHF-Bereich und für die Elo-Aufklärung gegen die Führungsorganisation der sowjetischen Frontluftarmeen in der DDR, fliegende und Bodenziele der Luftverteidigung zuständig. In der Ausbauphase von 1965 bis 1967 erhielten sie die Fernmeldetürme A Grossenbrode, B Thurauer Berg, C Stöberhai, E Schneeberg und F Hoher Bogen, sowie 1967 einen Peiler in Langenargen. Die Marine leistete HF-Erfassung von Flensburg und einem Fernmeldeturm in Pelzerhaken aus. Nach Einschätzung des BND waren die EloKa-Teile der Bundeswehr erst ab 1963 personell und materiell in der Lage, teilweise militärische Aufklärungsaufträge zu übernehmen.

Aufrüstung des BND

Als Gerhard Wessel im Mai 1968 auf den Chefsessel in Pullach gelangte, setzte er eine Planungskommission ein, die im September 1968 eine neue Gliederung vorschlug, um das manisch-konspirative Dickicht der Gehlen-Behörde durch neue Strukturen zu ersetzen. So entstand - ab 1970 unter Leitung von Robert Burchardt - die Abteilung II mit ihren Unterabteilungen II A und B zur Fernmeldeelektronischen Aufklärung und II C Technische Einsatzunterstützung. ZfCh, die Zentrale für das Chiffrierwesen, wurde zu einer Unterabteilung des Bereichs Verwaltung und Recht. Unter Burchardts Nachfolger General Hubertus Großler kamen II D Technische Entwicklung und II Z Auftrag/Einsatz hinzu. Mit der Aufstockung der Abteilungen auf sechs wurden 1984 dort die Datenverarbeitung, das Chiffrierwesen und die Nachrichtendienstliche Technik/Einsatzunterstützung als Unterabteilungen zusammengefaßt.

Ihren großen Aufschwung nahm die fernmeldeelektronische Aufklärung des BND unter den sozialdemokratischen Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt ab 1970. Von da datiert auch die Grundlegende für den überwiegenden Teil der Lauschposten als „Bundesstellen für Fernmeldestatistik“. So firmiert die Leitstelle, das „Objekt STELLWERK“ in Stockdorf auch heute noch als „Bundesstelle für Fernmeldestatistik - Hauptstelle“ und beherbergt zugleich ein "Fernmeldetechnisches Institut" (PLANET); die Lauschposten in Heiligenhafen, Kassel, Bonn und Butzbach laufen auch heute noch unter der längst weithin enttarnten Deckbezeichnung. Als geheimer Nachrichtendienst verschleierte der BND auch alle Bereiche der Technik mit Tarnnamen: für Aufklärungssysteme wie SUSANNE oder LERCHE, für Stationen wie den Grenzaufklärungsturm GIPFELKREUZ oder die 1994 aufgelöste Horchstelle DACAPO in Krailling, für das Meldeaufkommen aus Operationen wie SEELACHS, STIMMGABEL, REINGEWINN, HUMMER oder TAMBURIN.

Zu den wenigen Vorteilen der Rolle Westdeutschlands als Frontstaat zählte die daraus resultierende Chance, eine intensive funkelektronische Nahaufklärung der Truppen des Warschauer Vertrags durchzuführen und zugleich vom vorderen Rand der Blockgrenze tief in das Hinterland des potentiellen Gegners zu spähen. Daß diese Möglichkeiten aber in den ersten fünfundzwanzig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ausgeschöpft worden waren, hielt der BND-Vizepräsident Dieter Blötz am 2. Oktober 1970 in einer streng geheimen Notiz fest: „Die in der BRD eingesetzten Einrichtungen der Fm/Elo-Aufklärung und zwar die H-Stellen des BND mit gegenwärtig etwa 850 Mitarbeitern und die Fm/Elo-Einheiten der Bundeswehr reichen bei weitem nicht aus, die guten Möglichkeiten in der BRD zur Gewinnung von Informationen mit elektronischen Mitteln voll auszunutzen. Dies gilt sowohl für den politischen wie für den militärischen Bereich ... Aufgrund besonderer Umstände konnte der BND seine Fm/Elo-Aufklärung in den vergangenen zwei Jahren nur knapp auf dem bestehenden Stand halten ... Die Fm/Elo-Aufklärung bedarf sowohl technisch als auch personell eines langfristigen Aufbauprogramms“.

Kanzleramtsminister Horst Ehmke verlangte dem BND mehr politische, weniger militärische Informationen ab und wollte vor allem über die Entwicklungen in der DDR unterrichtet werden. Doch auch die funkelektronische Aufklärung des BND war darauf nicht eingestellt. Am 27. Januar 1971 beklagte BND-Vizepräsident Dieter Blötz in einem Geheimvermerk, im Bereich Politik, Wirtschaft und Verkehr gäbe es fast keine Erkenntnisse, da sämtliche vorhandene Kapazität von der Bundeswehr eingesetzt würde. Bei diesen militärischen Lausoperationen handelte es sich um die Aufklärung der Bundeswehr in den Programmen KOLCHOSE und CONCORDIA (LAUS-Verstärkungsprogramm), die 1972 zusammengefaßt und im BND-Haushalt 1973 mit über vier Mio. DM ausgestattet wurden, um die Operation NACHERNTE gegen Richtfunkverbindungen in der CSSR, und um ROMAN und SPINNE, die militärische Vorfeld- und die politische Aufklärung des BND im Richtfunkführungsnetz der DDR/NVA von der dafür beschafften Aufklärungseinrichtung LAUS. Im September 1971 drängte Blötz den Technikchef des BND zu prüfen, wieviele neue Mitarbeiter bei einem 24-Stunden-Einsatz von LAUS nötig wären und welche Frequenzen im Richtfunknetz der DDR noch erfaßbar wären. 1972 erhob der BND die Forderung, 228 Stellen über die 838 ihm zugeteilten Soldaten hinaus von der Bundeswehr zu bekommen, um die Fernmeldeaufklärung zu intensivieren, und forderte zugleich eine Entlastung durch die Bundeswehr im Bereich der militärischen Vorfeldaufklärung. Blötz protestierte heftig, als der Verwaltungschef des BND im Februar 1975 plante, 20 Prozent des militärischen CONCORDIA-Personals einzusparen.

Weil sie ungefährlicher als der Einsatz von Agenten im Ausland war und weil sie große Quantitäten an geheimem Material für den Tausch mit den Partnerdiensten einfuhr, gewann die technische Aufklärung im BND unter der christliberalen Regierung von Helmut Kohl ab 1982 weiter an Bedeutung. 1988 umfaßte die Abteilung 2 Technische Aufklärung neben dem Leitungsreferat 20 A (Führungsunterstützung) drei Unterabteilungen: Die UA 22 (Technische Aufklärung 1, Funküberwachung) mit den drei Referaten „Nachrichtengewinnung, Militär, Politik, Wirtschaft“ (Erfassung), „Zentrale Nachrichtenbearbeitung und Betriebsverfahren und –unterstützung“ (Planung/Organisation), die UA 23 (Technische Aufklärung 2, Funküberwachung) mit den drei Referaten „Nachrichtengewinnung Politik, Wirtschaft, Technik, Wissenschaft“, „Zentrale Nachrichtenbearbeitung“ und „Betriebsverfahren und –unterstützung“ (Technische Auswertung), und die UA 24 (Unterstützung/Nachrichtentechnik) mit den fünf Referaten „Steuerung und Projektbearbeitung“, „Nachrichtentechnik“, „Technische Versorgung“, „Technische Datenverarbeitungsunterstützung“ und „Fernmelde-Verbindungsdienst“ vornehmlich zu den Residenturen im Ausland.

Hatte der BND in den siebziger Jahren bei der Datenverarbeitung und bei den Wortbanken, mit deren Hitwörtern die Fernmeldeverkehre nach nachrichtendienstlich relevantem Material durchsiebt werden, noch viele Anleihen bei den US-amerikanischen Partnern gemacht - beispielsweise von der US-Wortbank

CHERRY GLOVE für sein Projekt AUSTIN profitiert -, so unternahm er in den achtziger Jahren kostenintensive Modernisierungsprozesse seines gesamten Technikbereichs - bis hin zu der Initiative „Nase vorn“, die BND-Admiral Gerhard Güllich, damals Leiter der Abteilung 2, 1993 ausrief. Mobilfunk und Internet weiten das nachrichtendienstliche Interessenfeld dabei ebenso aus wie eine wachsende Anzahl von Netzbetreibern auf dem internationalen Markt.

Unter Gerhard Wessel, BND-Präsident von 1968 bis 1979, nahm die technische Aufklärung nicht nur innerhalb des BND einen großen Aufschwung, er intensivierte auch die Kooperationen, national durch die - nicht immer spannungsfreie - Zusammenarbeit mit den Streitkräften und international durch eine engere Abstimmung mit den Partnerdiensten des BND. Durch die „Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst auf dem Gebiet der Fernmeldeaufklärung und Elektronischen Aufklärung“ vom 10. Oktober 1969 wurde die Aufgabenteilung zwischen Streitkräften und Nachrichtendienst in der ZUGVOGEL-Vereinbarung neu geregelt. Danach war der Präsident des BND für die Gesamtplanung, die Aufgabenverteilung und die Koordinierung der Fm/Elo-Aufklärung zuständig. Um der Marine aus ihren personellen und materiellen Engpässen zu helfen, erbat BND-Vizepräsident Blötz Ende 1973 von den USA drei eingemottete Schiffe der US-Navy zur Verbesserung der Fernmeldeaufklärung im Ostseeraum durch den Marinefernmeldestab 70. Da war das Verteidigungsministerium aber noch guter Hoffnung, bereits 1975 drei eigene Neubauten bewilligt zu bekommen. Am 5. Dezember 1974 unternahm Blötz einen erneuten Vorstoß bei der NSA wegen der Schiffe und schlug überdies eine verbesserte Koordination der Aufklärungsaktivitäten amerikanischer, britischer und deutscher Schiffe vor. Zugleich wollten die drei den NATO-Partner Dänemark dabei mit ins Boot nehmen und Blötz hielt es für „erreichbar, daß Dänemark sich an dieser Zusammenarbeit beteiligt“. Doch erst im Oktober 1976 sagte die Regierung in Kopenhagen endgültig ihre Beteiligung an der schiffsgestützten Ostseeaufklärung zu. In den Informationsaustausch einbezogen wurden auch die Erkenntnisse der landgestützten Marineaufklärung, beispielsweise von der Radar- und Funkpeilstelle der Marine Marienleuchte auf Fehmarn oder aus dem Fernmeldeturm M Pelzerhaken bei Neustadt des Marine-Fernmeldesektors 73, in dem der BND mit der Bundesmarine ebenso zusammenarbeitet wie in der HF-Peilstelle Husum. Ihre Kurzwellen-Großbasis in Twedterfeld bei Flensburg hatte die Bundesmarine seit Mitte der sechziger Jahre.

Im September 1975 räumte der BND der Teilstreitkraft Heer vorläufig die Mitnutzung seiner Peilstelle in Husum ein und im August 1976 schlossen die Streitkräfte und der Nachrichtendienst einen förmlichen Vertrag über die Kooperation in dieser Anlage. Eigentlich wollte sich der Bundesnachrichtendienst auf die Tiefe des Raumes, auf strategische Verbindungen, Transportfliegerkräfte und Luftlandetruppen,

konzentrieren - beispielsweise auf seine Operation ORLOG, bei der zur Mitte der siebziger Jahre die Flugfunkverkehre sowjetischer Militärflugzeuge aufgefangen wurden, um gegebenenfalls vor einem „Big Lift“ sowjetischer Streitkräfte in die DDR warnen zu können. Doch im März 1976 konstatierte der Vizepräsident des BND in einem Schreiben an den stellvertretenden Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Wust, daß der Koordinierungsausschuß Fm/Elo-Aufklärung die Erfassung der Fernmeldeverbindungen der sowjetischen Truppen in der DDR und der CSSR sowie der Nationalen Volksarmee einschließlich der Luftstreitkräfte und Flugabwehr nur schrittweise auf die Bundeswehr übertragen konnte, und daß sowohl die Luftwaffe als auch das Heer noch auf lange Sicht weit davon entfernt waren, diese Aufgaben selbständig zu erfüllen. So sah sich der BND weiterhin gezwungen, ein Viertel seiner spezifischen Personalkapazität für die militärische Vorfeldaufklärung einzusetzen, in der Nachrichtengewinnung außerhalb Pullachs ca. 100 von 412 Fernmeldeaufklärern und in der Zentrale selbst 19 von 63. Die Aufklärung der NVA sowie der sowjetischen Streitkräfte in der DDR und in der CSSR lag 1976 bereits in der Aufklärungsverantwortung der Bundeswehr, die etwa 4.000 Soldaten in der aktiven Aufklärungsorganisation eingesetzt hatte. Polen, Ungarn und die westlichen Militärbezirke der UdSSR wurden dagegen vom BND abgedeckt. Auseinandersetzungen gab es um die Erfassung der rückwärtigen Führungsverbindungen bis nach Moskau, die die Bundeswehr gern abgehört hätte, aber vom BND kein Einverständnis dazu erhielt.

Wachsende Konkurrenz

Als SPD-Verteidigungsminister Hans Apel im Juni 1978 das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw) in Bad Neuenahr-Ahrweiler aus der Taufe gehoben hatte, ertete er heftige Kritik aus der CSU. Ihr damaliger Landesgruppenvorsitzender Friedrich Zimmermann warf Apel vor, einen weiteren Auslandsnachrichtendienst unter seiner Regie gründen zu wollen, und warnte vor dem Nebeneinander ziviler und militärischer Auslandsaufklärung, die zu einer "heillosen Zersplitterung der Kräfte, keineswegs aber zu mehr Effizienz" führen würde. Zimmermann artikulierte damit verklausuliert den Unwillen des BND darüber, daß nach Pullach abgestellte Bundeswehrspezialisten nun zum ANBw abgezogen werden sollten. Das ANBw hatte – wie zuvor das Amt für Fernmeldewesen (AFmBw)- keine zentrale Befehlsgewalt über alle Aufklärungskapazitäten der Bundeswehr, sondern blieb seinerseits abhängig von den Ergebnissen des Heeres, der Luftwaffe und Marine und deren konkurrierenden Eigeninteressen. 1966 hatte der Führungsstab der Streitkräfte die Bildung von „Peildörfern“ aller Teilstreitkräfte angeregt, aber erst 1988 ging eine Bundeswehrpeilbasis in Betrieb, deren fünf ortsfeste Peilstellen über eine digitale Peilkommandoanlage für alle HF-Aufklärungsstellen vernetzt waren: In Husum lag die Peilzentrale I der Marine, in Eriskirch die Peilzentrale IV der Luftwaffe, in Diepholz die Heeres-Peilzentrale II (Deckname

ZITRONE), in Mainz-Schwabenheim die Heeres-Peilzentrale III (WINZER) und in Übersee am Chiemsee die Heeres-Peilzentrale V (WEIDE); die Peiler I und V wurden nach 1992 aufgelöst. Das ANBw selbst betrieb eine unterstützende Erfassung (Deckname GRAU) und die zusammenfassende Auswertung der fernmeldeelektronisch gewonnenen Ergebnisse. Die dem ANBw unterstellte FmRadarstelle SCHWARZ in Daun bearbeitete auch die sog. "Schwarzen Löcher" in der Aufklärung und setzt dazu auch gezielt mobile Erfassungstrupps ein. Die drei Korpsfermeldebataillone 120, 220 und 320 betrieben Erfassungsstellen und parallele HF-Peilbasen: ROT für Rotenburg/Wümme, BLAU für Donauwörth und GRÜN für Frankenberg. In Mertingen lag eine zusätzliche Heeres-Peilstation. Diese Fernmeldebataillone der Korps wurden bis 1994 umgegliedert zu den Fernmelderegimentern ELOKA der Heereskorps, die Divisions-Eloka-Kompanien dabei in die Regimenter integriert.

Ab 1990 wurden viele Einrichtungen zurückgebaut oder geschlossen. Das Heer hat den Betrieb seiner grenznahen Türme aufgegeben, die dort eingesetzten Fernmeldekompanien 945, 946 und 947 aufgelöst. So wurde der gemeinsam mit den mit britischen Fernmeldeaufklärern des 13. Signal Regiments betriebene Antennenturm in Dannenberg ebenso geräumt wie die auch von US-Streitkräften genutzte Station in Wobeck. Eine Ausnahme bildet nur die Stellung in Kötzting, die auch nach der 1994 abgeschlossenen Umgliederung vom Fernmeldesektor F und der Heeres-Fernmeldekompanie 12 weiterbetrieben wird. Wie wenig der Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR im November 1989 vorhergesehen wurde, zeigt sich auch an den Investitionen für die grenznahe Aufklärung: Für einen Anbau an den Antennenturm auf dem Stöberhai wurden von 1987 bis 1991 ca. 14 Millionen DM, für den weiteren Turmausbau in Dannenberg bis 1991 ca. 7 Millionen DM investiert.

Die Luftwaffe betreibt seit 1991 nurmehr strategische Fernmeldeaufklärung gegen die Zerfallsstaaten der Sowjetunion und modernisiert ihren Aufklärungsbereich. Fernmeldesektoren wie C und Q wurden aufgelöst, andere umgegliedert und in den fünf neuen Ländern entstanden die Aufklärungsstationen Guetzkow und Zodel des Fernmeldesektor D in Berlin neu. In Trier wurde beim Fernmeldebereich 70 in der General-v.-Seidel-Kaserne in den Bau einer verbunkerten Auswerte- und Erfassungsanlage von 1992 bis 1998 90 Mio. DM investiert. Auch der Fernmeldebereich 72 ELOKA der Bundesluftwaffe in Feuchtwangen wurde nur neu strukturiert, aber nicht aufgelöst.

Im Dezember 1994 brachte DER SPIEGEL den Wechsel an der Spitze des ANBw von Farwick zu Wenger mit einer Wiederbelebung der Konkurrenz des ANBw zum BND in Verbindung: "Farwick hatte sich den Unmut des BND zugezogen. Angeblich sollte Pullach Kompetenzen an Farwicks Amt abgeben". Bereits 1993 zeichnete sich ab, daß es in der Bundeswehr - angesichts potentieller Auslandsaufgaben - aufkeimende Widerstände gegen die Pullacher Dominanz bei der Aufklärung gab. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen BND und Bundeswehr vom August 1992 hat der BND sowohl die

Koordinierungsrolle wie die Verantwortung für den strategischen Aufklärungsbedarf, während sich die Bundeswehr auf den operativen und taktischen Bereich beschränken muß. Nach der Vereinbarung vom 23. September 1993 zwischen Bundeskanzleramt, BND und Bundeswehr hat der BND zudem das Exklusivrecht zum Informationsaustausch mit Partnern. Genau dort sah BND-Präsident Konrad Porzner in der Sitzung des Verteidigungsausschusses im Juni 1994 jedoch Friktionen. General Olshausen, Stabsabteilungsleiter VI im Führungsstab der Streitkräfte, plädierte in derselben Sitzung für eine "ganzheitliche Betrachtung politischer, wirtschaftlicher, soziologischer, technisch-wissenschaftlicher, militärpolitischer und militärischer Sachverhalte ... Erst im Zusammenhang, unter Einschluß nicht-militärischer, aber militärisch relevanter Faktoren, ließen sich krisenhafte Entwicklungen frühzeitig erkennen". Mit einem solchen Anspruch des ANBw auf ganzheitliche und auf weltweite potentielle Krisen-Aufklärung ist der Dauerkonflikt mit dem Bundesnachrichtendienst vorprogrammiert. Da die Bundeswehr – wie im Kosovo-Krieg - durch Aufklärungsflugzeuge wie Breguet atlantique und ECR-Tornado, durch den Einsatz von Drohnen und auch durch FmElo-Aufklärung im Ausland längst in klassischen Revieren des BND wildert, wird die traditionelle Dominanz des Nachrichtendienstes gegenüber den Streitkräften abschmelzen.

Joint ventures in der Bundesrepublik

Im Rahmen seines ambitionierten Aufbauprogramms prüfte der BND Anfang der siebziger Jahre die Rentabilität der Errichtung einer eigenen Wullenwever-Anlage, d.h. eines umfangreichen ringförmigen Antennenkomplexes. 1972 bezifferte er die Kosten auf „133 eher wohl 160 Mio. DM“ und warf zugleich die Frage auf, ob tatsächlich die politische Aufklärung verbessert würde, oder ob die Anlage doch ausschließlich für bestimmte militärische Verkehre genutzt würde, zumal die Bundeswehr Hausherr in dem bei Flensburg geplanten „Objekt KOMTESSE“ wäre. Zwar hatte Verteidigungsminister Helmut Schmidt dem Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt Horst Ehmke im April 1971 eine Änderung der Prioritäten bei der Funkaufklärung vom militärischem auf das politische Gebiet vorgeschlagen, aber de facto gab es „dauernde Diskrepanzen“ zwischen BND und Bundeswehr bei dem Zielkonflikt zwischen der militärischen und politischen Aufklärung.

Im Frühsommer 1973 richtete der BND-Vizepräsident Dieter Blötz die Anfrage an den Residenten der CIA in München, Arthur Stimson, ob der BND mit 75 Empfangs- und 6 Peilplätzen die amerikanische Wullenwever-Anlage Augsburg-Gablingen mitbenutzen könne, möglicherweise auch die Fernpeilbasis London - Türkei. Aber auch der BND-Konkurrent Bundeswehr wollte mit in die US-Anlage einrücken. Am 28. August 1973 morgens prallten die Gegensätze anlässlich einer Besprechung von Dieter Blötz beim stellvertretenden Generalinspekteur der Bundeswehr Schnell aufeinander. Die Bundeswehr hatte Vertreter des amerikanischen technischen Aufklärungsdienstes National Security Agency (NSA) zu einem zweiten

Vortrag über die Station in Augsburg eingeladen. Der BND-Vizepräsident zeigte sich verwundert, weil die bis Ende Juli 1973 zugesagte Fassung der Bundeswehr für eine Mitbenutzung noch nicht vorlag, aber die „von uns dringend erbetene Abstinenz, mit den Amerikanern über dieses Thema zu sprechen, offensichtlich mißachtet wurde.“ Brigadegeneral Karl Heinz Page hielt dem entgegen, der BND habe eine abgestimmte Stellungnahme bereits seit langer Zeit, Gespräche mit den US-Vertretern über die Wullenwever-Anlage hätten weder stattgefunden, noch seien sie beabsichtigt. Doch in einer Sitzungspause zeigten die anwesenden Generale Blötz die Tagesordnung der für den nächsten Tag angesetzten CGG-Sitzung (Combined Group Germany) mit britischen und amerikanischen Nachrichtendienstlern, auf der das Thema Wullenwever-Anlage stand.

Für den 19. September 1973 waren beim BND Verhandlungen über eine gemeinsame Nutzung der US Field Station - BND-Deckname DREHPUNKT - anberaumt. Die geplante Teilnahme von Vertretern der Bundeswehr war auf Bitte von CIA und NSA abgesagt worden und der BND brüskierte die Hardthöhe mit dem Ersatzvorschlag, leitende Pullacher könnten im Herbst 1973 vor einem ausgesuchten Kreis Vorträge über Aufträge, Möglichkeiten und Grenzen des BND als einzigem deutschen Auslands-ND (sic!) halten.

Am 21. Januar 1974 übermittelte Blötz die Ergebnisse einer Expertenbesprechung an Generalinspekteur Karl Schnell: „Nach einer Integration der deutschen Teile (BND und Bw) in die Anlage bleibt die nationale Eigenständigkeit in der Erfassungssteuerung und Auftragsdurchführung erhalten. Es können eigene Erfassungssysteme an die US-Antenne angeschlossen werden. Eine Mitnutzung der US-Groß-Peilbasis ist möglich“. Durch diese Integration könne die Bundesrepublik von den Vorteilen eines weltweiten US-Erfassungs- und Meldesystems profitieren, merkte Blötz an, aber er verschwieg auch nicht den Pferdefuß, „daß hierfür als erster Schritt die Auswertung der Fernmeldeaufklärungen der BRD (BND und Streitkräfte) an die US-Schaltzentrale Augsburg angeschlossen werden“ müsse. Am 5. Februar 1974 unterzeichnete Blötz letztlich bei einem Besuch im NSA-Hauptquartier in Fort Meade „in feierlicher Form“ den DREHPUNKT-Vertrag und gab damit zugleich den Startschuß für zwei Bauvorhaben der „Fernmeldestelle Süd“ der Bundeswehr und eines des BND.

Im Oktober 1978 verzeichnete der BND eine Verschlechterung der Peilergebnisse von DREHPUNKT, da die Kapazität im US-Netz nicht ausreichte, und da es stets die Deutschen waren, die in einer zu großen Warteschlange für Peilkommandos und Rückmeldung geparkt wurden. Auch nachdem in den achtziger Jahren der Verbindungsstab des BND zur NSA aus einer Villa in Krailling nach Gablingen umgesiedelt worden war, blieben die Deutschen dort immer Nutzer zweiter Klasse, denen der Zugang zu den meisten der zahlreichen unterirdischen Etagen verwehrt blieb.

Aus dem Nebeneinander in der funkelektronischen Aufklärung der NATO-Staaten in Westdeutschland wurde unter Kanzler Willy Brandt langsam, unter Helmut Schmidt ab dem Sommer 1974 forciert ein teilweises Miteinander. Ende 1973 hatte der BND-Vizepräsident den US-Lauschposten auf dem Teufelsberg in Berlin besucht, „um festzustellen, ob gemeinsame Arbeit mit Amerikanern lohnt“. Im Juli 1974 bildeten BND und NSA eine Arbeitsgruppe zur grenznahen Erfassung, die der BNDler SPRINGMANN leitete, und eine zweite zur Satellitenaufklärung.

Richtig intensiv wurde die Zusammenarbeit jedoch erst, nachdem der US-Verteidigungsminister Arthur Schlesinger, die Effektivität bestimmter Partnerkombinationen im NATO-Bündnis zu verbessern oder zu optimieren suchte. Diese Bemühungen, analysierte die Leitung des BND, waren im November 1974 Anlaß für eine verdeckte Offerte zu einem Aufklärungsdreibund zwischen BND, NSA-Direktor Buffham und dem britischen Government Communication Headquarters (GCHQs). „Die vom GCHQ-Director John Burrough bereits vorsichtig angedeutete trilaterale Besprechungsebene ist ganz offensichtlich zwischen den seit vielen Jahren persönlich befreundeten Herren Burrough und Buffham vorerörtert, um in jeweils getrennten Gesprächen mit mir Bereitschaft für solche Spitzengespräche zu dritt festzustellen“ notierte Dieter Blötz. Ab dem Januar 1975 fanden solche Dreiergespräche über die Operationen LAUS und ROMAN sowie zu Fragen der Weltraumaufklärung zunächst in London statt. Zugleich koordinierten die Pullacher erstmals mit dem NSA-Residenten in München, Bayard Keller, wer von welchen Stationen aus den Fernmeldeverkehr in der DDR aufnahm. Im Juni 1975 bedankte sich Blötz bei dem stellvertretenden NSA-Direktor Burrough für die gute trilaterale Zusammenarbeit in Augsburg und München und wertet sie „als ersten Schritt auf dem Wege einer sich ständig intensivierenden gemeinsamen SIGINT-Arbeit“ Hinter den Kullisen jedoch stimmten BND und Bundeswehr im November 1975 überein, „daß Vorsicht vor eventueller beabsichtigter völliger Preisgabe der SIGINT-Erkenntnisse“ geboten sei.

Doch die US-Seite drängte weiter, verlangte im Oktober 1976 eine bessere Koordination mit den deutschen militärischen Aufklärungsstellen auf den Feldern Erfassung, Nachrichtenbearbeitung und Meldewesen an. Zugleich forderte sie in Erfüllung eines SIGINT-Vertrages die Lieferung von ROMAN-Meldungen, anstelle bloßer LAUS-Summaries. Blötz sagte noch vor Abschluß einer schriftlichen Vereinbarung zu, daß der Marinefernmeldestab 70 der NSA ROMAN-Erkenntnisse, sein SKATEBOARD-Material, überlassen werde. Von den beiden Türmen der Bundesluftwaffe wollten die Amerikaner im ersten Schritt ereignisbezogene Ersterfassungshinweise für den Teufelsberg in Berlin und anschließend eine generelle Ersterfassungshinweis-Vereinbarung zwischen der Bundeswehr und ihren Stationen auf dem Gebiet des VHF-Peilwesens, die ihnen der stellvertretende Generalinspekteur Wust auch gewähren wollte.

Im Dezember 1976 meldete sich auch der französische Partner zu Wort. BND-Vizepräsident Blötz notierte einen Vorschlag von NARZISSE, die Operation LAUS auszuweiten. Obwohl Frankreich nicht militärisch in die NATO integriert war, unterhielt die Grande Nation im Harz bei Bahrdorf, in Appen im Norden Hamburgs und in Landau Abhörstationen auf deutschem Boden. Neben seiner Horchfunkstelle in Berlin-Spandau besaß der BND in einem Joint venture mit dem Pariser Partnerdienst auf dem Berliner Flughafen Tegel eine gemeinsame Station, tarnte Stellung und Meldeaufkommen mit den Decknamen EISBERG und SANDWÜSTE und war bemüht, die Operation von Briten und Amerikanern geheimzuhalten. Die Lauschposten wurden nach dem Kalten Krieg aufgelöst. Fernmeldemäßig ist der BND in der neuen Hauptstadt nur durch einige auf dem Fernsehturm am Alexanderplatz angemietete Antennen präsent. Die Bundesrepublik übernahm auf dem FmElo-Sektor immer neue Aufgaben von den USA. Der von der US-Luftwaffe gebaute Border Operation Point im bayerischen Hof steht so seit 1971 als Fernmelde- und Radarstation unter der Kontrolle des ANBw und die Großanlage in Gablingen ist seit der Mitte der neunziger Jahre zur Fernmeldestelle Süd der Bundeswehr geworden, nachdem 1991 die Naval Security Group und die 6913. Electronic Security Squadron sowie 1993 die 701. Military Intelligence Brigade von INSCOM deaktiviert worden waren.

Getarnt als „Fernmeldeweitverkehrsstelle“ ging 1988 die jüngste BND-Aufklärungsstation zur Erfassung militärischer Troposcatter-Funkverbindungen in Osteuropa in Betrieb, das "Objekt SEELAND" in Bad Aibling, das in „Objekt ORION“ umgetauft wurde. Im Juli 1991 bestand es seine Bewährungsprobe, als der BND der Bundesregierung frühzeitig Entwarnung beim Putsch gegen Michail Gorbatschow geben konnte, weil seine Funkspionage ergab, daß der Umsturzversuch keine Rückendeckung der sowjetischen Streitkräfte genoß. Angelehnt ist die BND-Einrichtung an die mittlerweile zweitgrößte US-Lauschanlage in Europa nach dem britischen Menwith Hill. Zugang zu den von den Amerikanern gewonnenen Daten haben die deutschen Nachrichtendienstler dort nicht und so nähren auch sie den von vielen Sicherheitsexperten geäußerten Verdacht, daß die USA von hier aus Wirtschaftsspionage gegen die Bundesrepublik betreiben.

Satellitenaufklärung

Zum 30. Juni 1975 ließ der BND seinen Vertrag mit dem Institut für Weltraumforschung in Bochum auslaufen und verlangte die von seiner Zentralstelle für das Chiffrierwesen ausgeliehenen Geräte im Wert von 400.000 DM zurück, da schon seit längerer Zeit kein nachrichtendienstliches Interesse an den Arbeiten des Instituts zur sowjetischen Satellitenkommunikation bestände. Das bedeutete nicht etwa den Abschied von der Aufklärung von Satellitenausstrahlungen, sondern lag zeitlich kurz nach dem Einstieg, denn im Januar 1975 hatte der BND sein erstes Konzept zur Weltraumaufklärung für die deutsch-amerikanische Arbeitsgemeinschaft ASMARA vorgelegt, die im Juli 1974 unter Leitung des BND-

Mitarbeiters KREIPE ins Leben gerufen worden war. Ende September 1976 legte BND-General Großler die erste umfassende Studie zur Raumfahrt- und Satellitenaufklärung vor.

Zu dieser Zeit besaß der Bundesnachrichtendienst bereits einige Bodenstationen, die die Abstrahlungen von Satelliten aufnahmen. In Braunschweig konzentrierte sich eine Außenstelle der „Bundesstelle für Fernmeldestatistik“ auf die INMARSAT-Satellitenkommunikation und in einem Steinbruch bei Schöningen lag eine „Versuchsstation der Bundesstelle für Fernmeldestatistik“. Das bedeutendste Objekt war jedoch als „Ionosphären-Institut“ in Rheinhausen getarnt und soll mit insgesamt etwa 90 Mio. DM aus dem Etat des Bundespostministeriums aufgebaut worden sein. 1971 hatte diese „Dienststelle 525“ einen neuen B-6-Spiegel bekommen, doch der verantwortliche BND-Mitarbeiter Dr. GÖING bezweifelte im Sommer 1971 die Effektivität des Spiegels, sah „unvertretbare Kosten im Hinblick auf nur geringen ND-Nutzen und bei der Vorbereitung der Raumforschung (eigener Nachrichtensatellit)“. Die Aufrüstung des Standorts zog sich hin und so bot die NSA im Oktober an, die Geräteausstattung zu ergänzen, bis der BND zum endgültigen Ausbau in der Lage war. „Weiterhin wurde entschieden ein Angebot der NSA zur Zusammenarbeit trotz damit verbundener gewisser Einschränkungen der Eigenständigkeit anzunehmen, um dadurch Zugriff zu den Aufklärungsergebnissen der weltweiten Erfassungs- und Radarsysteme dieses Partners zu bekommen“, hielt Dieter Blötz in einem Geheimvermerk fest. Zugleich ließ er jedoch alle Möglichkeiten prüfen, sich von der NSA durch die „Realisierung eines aktiven Systems im nationalen Bereich“ und durch eine „Beteiligung an Aufklärungssatelliten anderer Organisationen“, d.h. ziviler Einrichtungen wie SPACELAB oder ERTS, zu emanzipieren.

Im August 1976 hatte der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr gegenüber dem BND-Vizepräsidenten die entscheidende Frage aufgeworfen, ob die Bundesrepublik auf Dauer auf eigene Satelliten als Aufklärungsplattformen verzichten könne. Inspiriert worden war Wust zu diesem Vorstoß durch ein Gespräch mit dem Residenten des japanischen Geheimdienstes Saigo in Bonn. Der General favorisierte auf dem Satellitensektor eine Zusammenarbeit mit Tokyo, das nicht wie Paris an einer bloßen Kostenbeteiligung der Bundesrepublik interessiert sei, die industrielle Fertigung aber allein im eigenen Land belassen wolle.

Der Sprechzettel des BND für den Besuch der Parlamentarischen Kontrollkommission am 12. April 1989 bilanzierte die weitere Entwicklung bis zum Ende des Ost-West-Konflikts: 1985 legte die interministerielle Arbeitsgruppe von Horst Teltschik den nationalen Bedarf der Bundeswehr und des BND fest, eine deutsch-französische Kooperation wurde Ende 1985 abgelehnt und zugleich bemühte sich der BND bei US-Partnerdiensten und durch Nutzung kommerzieller Systeme wie des französischen SPOT und des amerikanischen LANDSAT erfolglos. 1987 ergriff Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eine neue Initiative zur deutsch-französischen Kooperation, die Bundeskanzler Helmut Kohl jedoch - wohl auf

amerikanischen Druck hin - scheitern ließ. 1988 initiierte Frankreich eine WEU-Tagung zur Schaffung eines europäischen Aufklärungssatelliten. Doch der deutschen Seite erschien dies zu zeitaufwendig und von zu vielen Teilnehmern abhängig.

Nachdem die Westeuropäische Union im November 1989 ihren Bericht und eine Kostenschätzung von 27 Mrd. DM vorgelegt hatte, entschied sich die Bundesrepublik zwar zu einer Beteiligung an der experimentellen Phase, legte sich aber nicht auf eine künftige Beteiligung am WEU-Projekt fest. Auf dem spanischen Militärflugplatz Torrejon wurde 1992 ein Trainingszentrum und eine Datenauswertestation errichtet, und - als ständige Einrichtung der WEU ab November 1995 - dort werden Satellitenfotos des 1995 als französisch-italienisch-spanisches Projekt gestarteten HELIOS I ausgewertet.

Seine eigenen Zielsetzungen bei der Satellitenaufklärung hatte der BND 1989 festgeschrieben: Verifikation und Überwachung von Nonproliferationsvereinbarungen ABC, krisensichere Aufklärung der Kernbedrohung (strategische Reserven, nukleare Einsatzmittel, Führungszentren), Indikation von Krisen und Krieg auch Drittweltkrisen, Frühwarnung vor Natur- und Umweltkatastrophen sowie Informationsgewinnung über Ernten, Ressourcen und Infrastruktur. Zur Deckung dieses Bedarfs schien ihm eine Bodenkontrollstation, eine Empfangs- und Auswertestation, zwei Foto- und zwei Radarsatelliten und ein angemieteter Datenrealissatellit hinreichend und er favorisierte die binationale Kooperation, in der Frankreich mit Fotosensoren auf HELIOS II und die Bundesrepublik mit Radarsensoren auf HORUS zusammenwirken.

Vier Mrd. DM über zehn Jahre verteilt, lautete die damalige Kostenschätzung für den deutschen Anteil, mittlerweile sind es mindestens sieben. Diese hohen Ausgaben bewogen auch Verteidigungsminister Volker Rühle gegen das Projekt zu votieren. Bundeskanzler Kohl aber ließ als Ergebnis der Verhandlungen mit Frankreichs Präsident Jacques Chirac kurz nach der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 keinen Zweifel mehr, daß er das deutsch-französische Projekt allen amerikanischen Angeboten zum Verkauf von US-Satelliten an Deutschland vorzog. Der BND hatte sich 1996 mit dem Zwergreferat 40X seines Mitarbeiters BEIGEL und einer Keimzelle der Auswertung unter dessen Kollegen TRENDEL, die einmal 250 Bildauswerter umfassen soll, auf den Beginn der aktiven Raumaufklärung eingestellt.

Die Kooperation zwischen Paris und Berlin bei Radar- und Fotosatelliten ist nur ein erster Schritt zur Emanzipation von der amerikanischen Dominanz bei der raumgestützten Aufklärung. Ob sich daraus als Keimzelle eines europäischen Dienstes eine enge deutsch-französische Kooperation entwickelt, wird das Anschlußprojekt einer gemeinsamen Funkaufklärung aus dem All OSIRIS erweisen, weil sich die Betreiber dabei gegenseitigen Einblick in ihre Aufklärungsprioritäten und Interessen gewähren müssen.

Agentenfunk

Die „ND-Begriffbestimmungen für den Bundesnachrichtendienst“ in der Neufassung von 1974 kannten den Rundspruchdienst, d.h. einen Funkführungsdienst, der auf bestimmten Frequenzen verschlüsselte Anweisungen für ND-Verbindungen im europäischen Bereich sendete, oder sich beim Individuellen Rundspruchdienst an bestimmte Zielpersonen richtete. Die BND-Residentur in Rom, die Führungsstelle IV des Marquese de Mistura, steuerte beispielsweise 1968 mit der Funkstelle HELIOS den Schalt- und Sicherheitsbereich Mittelmeerraum.

Der Schnellinformationsdienst wiederholte chiffrierte Sendungen auf allen Frequenzen auch für das außereuropäische Ausland und der Sonderblindfunkdienst schickte weltweit in Morsetelegrafie verschlüsselte Anweisungen an bestimmte Zielpersonen. Mit einem Zahlenrapidgerät, einem elektronischen Speicher- oder Gebegerät, wurden Nachrichten im Schnellsendeverfahren auf dem Funkmeldeweg übertragen. Perfektioniert hat der BND die Schnellübertragung auch über Telefon durch die Entwicklung des Systems SCHNELLBAHN, das komprimiert verschlüsselte Nachrichten an die Agenten in Osteuropa übermitteln konnte, und durch das in Radios versteckte Empfangssystem HARPUNE.

Eine seiner Sendeanlagen betrieb der BND in Dachau/Kreuzholzhausen. Offiziell firmierte das „Objekt MÜHLE“ als Prüfstation der „Bundesstelle für Fernmeldestatistik“. Für den Agentenfunk und den Fernmeldeverkehr zu den Auslandsresidenturen nutzte der BND in den achtziger Jahren auch das „Objekt ALPINA“ bei Tutzing. So wenig wie der Dienst eine Unterwanderung seines operativen Bereichs durch DDR-Agenten verhindern konnte, so wenig hat er sein vorzügliches Aufklärungs- und Kommunikationssystem vor Mithörern des Ministeriums für Staatssicherheit schützen können. Von der Abhörstation TOPAS in der CSSR aus konnte das MfS den unverschlüsselt über Richtfunk laufende Verkehr von ALPINA nach München erfassen.

Da über diese Station auch die Satellitenverbindung zu den Legalresidenturen in Kairo und Amman sowie zum illegalen BND-Stützpunkt in Damaskus liefen, blieb den MfS-Operateuren nicht verborgen, was zwischen der Pullacher Zentrale und den drei Außenposten im Nahen Osten ablief. Im Jahre 1984 beispielsweise glaubten die BNDler in der ägyptischen Hauptstadt herausgefunden zu haben, in welche Wohnung der neue Militärattaché der DDR einziehen würde. In Abstimmung mit ihrer Führungsstelle im Isartal mieteten sie eine anliegende Wohnung an und statteten diese mit reichlich Abhörtechnik aus. Da das MfS die militärische Aufklärung der NVA längst vorgewarnt hatte, wurde die Wohnung in Kairo nicht mit dem Attaché belegt, sondern mit einem harmlosen Außenhandelsbeamten. Über sechs Monate lang war die teure, aus der Bundesrepublik herangeschaffte Abhörtechnik gebunden, bis die Lauscher an der Wand bemerkten, daß ihr Lauschangriff sich nicht gegen einen besonders gut getarnten Offizier der Nationalen Volksarmee gerichtet hatte. Die Abhörspezialisten in der DDR registrierten via ALPINA wiederum mit

besonderer Genugtuung, daß der BND-Resident in Kairo, Dr. BECKER, mit einem Tobsuchtsanfall auf den Flopp reagiert hatte.

Im Herbst 1995 zeigte sich der BND erneut verwundbar, als es einem südosteuropäischen Dienst gelungen war, Codes und Paßwörter der BND-Datenfernübertragung zu knacken.

Partnerdienste

Zur Pflege der Beziehungen zu ausländischen Partnerdiensten zählte für den BND stets auch der geheime Export von Kommunikationstechnik: Dem König von Saudi-Arabien schickte er 1958 Sprechfunkgeräte für seine Palastwache; dem indonesischen Militärmachrichtendienst half er 1965 beim Sturz des Präsidenten Ahmed Sukarno durch die Lieferung von Funkgeräten; dem Diktator Ugandas, Idi Amin, lieferte Pullach in den siebziger Jahren Abhörgeräte; Radar- und Überwachungstechnik, eine verbunkerte Telefonabhörsentrale und entsprechende Ausbildungsunterstützung gewährte er Libyen Mitte der achtziger Jahre. Fernmeldetechnik Made in Germany ging in den späten achtziger Jahren auch an die Terrororganisation RENAMO, die das sozialistische Mozambique destabilisierte, und dem pakistanischen Partnerdienst EICHKATZE vermittelten die Pullacher im April 1986 eine funkelektronische Aufklärungsstation aus Bundeswehrbeständen.

Nach dem Kalten Krieg lieferten die deutschen Auslandsnachrichtendienstler der Armee des Islamischen Heils (AIS) in Algerien Funkgeräte, exportierten 1991 von der aufgelösten DDR-Staatssicherheit übernommene Telefonüberwachungsanlagen nach Albanien oder unterstützten den neuen Partner in Ungarn mit Erfassungssystemen aus den abgeschalteten Grenztürmen.

Überdies nistete sich der Bundesnachrichtendienst in ausländischen Einrichtungen ein. Im Sommer 1988 lieferte der BND z.B. mit einem Schiff via Zypern eine hochmoderne Anlage zur fernmeldeelektronischen Aufklärung des arabischen Raumes an christliche Gruppen in Beirut und sicherte sich den Zugriff auf die Rohdaten. Ins europäische Raumfahrtzentrum in Kourou in Französisch-Guayana, wo ARIANE-Raketen zivile Satelliten in den Orbit schicken, hat der BND seine Spezialisten schon vorher entsandt. Nach französischen Presseberichten soll er seit 1998 von dort und einer weiteren Station in Neukaledonien aus gemeinsam mit den Franzosen den Satellitenverkehr über Amerika über INMARSAT und INTELSAT abhören.

Bereits kurz nach seiner Übernahme in den Bundesdienst 1956 begann der BND auch im Ausland ortsfeste fernmeldeelektronische Aufklärungsstationen aufzubauen und er betreibt solche Anlagen bis heute. Vier Beispiele von den sechziger Jahren bis in die Gegenwart sollen die globale Verbreitung dokumentieren:

1. Zu Beginn der sechziger Jahre vertiefte der Bundesnachrichtendienst seine intensiven Partnerdienstbeziehungen zum türkischen Geheimdienst durch die Hilfe beim Aufbau von

funkelektronischen Aufklärungsstationen z.B. in Samsun am Schwarzen Meer und delegierte auch eigenes Personal u.a. aus der Peilstation Übersee am Chiemsee in die Türkei, um Richtung Sowjetunion aufzuklären. In den siebziger Jahren startete allwöchentlich ein Versorgungsflug vom Flughafen München-Riem aus, um diese technische und personelle Hilfe logistisch zu unterstützen.

2. Eine deutsch-spanische Anlage zur funkelektronischen Aufklärung wurde 1967 in einer Finka in der La Mancha mit Hilfe der Münchner BND-Tarnfirma Thum & Co errichtet. Der spanische Partnerdienst FLIEDER zeigte sich in einem Fernschreiben nach Pullach am 26. März 1971 interessiert, diese BND-Anlagen zu übernehmen und bot dem BND dafür an, die spanische Einrichtung im Kriegsfall benutzen zu können. Der BND zog sich aus der Finka jedoch erst zurück, nachdem eine modernere Station bei Cadix gebaut worden war.

Diese komplexe elektronische Aufklärungsanlage sollte den Fernmeldeverkehr auf den Richtfunkstrecken, die die an der Atlantik- und Mittelmeerküste Spaniens und Portugals ankommenden Seekabel verbinden, empfangen und so in einen Knotenpunkt kabelgebundener Kommunikation zwischen Nord- und Südamerika, Westafrika, Großbritannien und dem arabischen Raum einbrechen. Auf fünf Mio. DM bezifferte der BND im Frühjahr 1975 die Investitionssumme für dieses „Objekt EISMEER“. Nachdem die spanische Regierung im März 1975 trotz gewisser Bedenken wegen des Eindringens in portugiesische Richtfunkstrecken dem Bau zugestimmt hatte, wurde im September 1975 in Spanien ein diesbezüglicher Vertrag zwischen dem BND und seinem spanischen Pendant CESID unterzeichnet. Das war der Startschuß für die BND-Operation DELIKATESSE, die im Dezember 1992 mit der bis zuletzt umstrittenen Demontage der Station endete.

3. Zu Anfang der sechziger Jahre etablierte der Bundesnachrichtendienst eine Legalresidentur in Taiwan und schuf dort eine der fortschrittlichsten Aufklärungsanlagen der damaligen Zeit. Auch personell griff Pullach dem fernöstlichen Partner unter die Arme. Im September 1973 beispielsweise stellte der BND-Vizepräsident dem Residenten Ango Tai bei einem Arbeitsessen in Bonn den bis dahin in der Braunschweiger Lauschstation tätigen BNDler PRIGGE als künftigen Berater vor, und im Herbst 1977 reisten zwei Chiffrierspezialisten des BND zu ihrem Partnerdienst FRETTCHEM. Im Dezember 1978 stimmte der Chef des Bundeskanzleramts zu, die Zusammenarbeit zwischen dem BND und dem Militärgeheimdienst Taiwans auch auf das Gebiet der Satellitenaufklärung auszudehnen.

Im Spätsommer 1992 hat der Bundesnachrichtendienst dann dem taiwanesischen Militärgeheimdienst eine Computerauswerteanlage für mehrere hunderttausend DM zur Verfügung gestellt, die in einer Kaserne im Süden der Hauptstadt Taipeh installiert wurde. Diese Anlage dient zur systematischen Analyse und Entschlüsselung des Fernmeldeverkehrs, den der taiwanesischen Dienst aus seinen Aufklärungsanlagen gewinnt. In der an seine Erfassungsstelle im „Objekt KLEEFELD“ angeschlossenen Fernmeldeschule des

BND in Pöcking (Bundesstelle für Fernmeldestatistik, Prüfstelle) wurden 1992 Taiwanesen an der Technik und der vom BND entwickelten Software ausgebildet. Überdies sandte der BND im Oktober 1992 drei BND-Angehörige mit chinesischen Sprachkenntnissen zunächst für vier Jahre in die Auswertanlage in Taiwan.

4. Für den Horch- und Peildienst in die Tiefe der Sowjetunion hatte der BND Anfang der siebziger Jahre eine Peilbasis von Husum über das italienische Lecce bis nach Teheran aufgebaut, deren dritter Eckpfeiler durch die Revolution im Iran 1979 wegbrach. Ersatz suchte der BND zusammen mit der CIA im kommunistischen China. 1985 konnte die Station im Pamirgebirge nahe der Grenze zu Afghanistan eingeweiht werden. Während sich die USA wegen der chinesischen Menschenrechtspolitik Anfang der neunziger Jahre aus der Anlage zurückzogen, wird die BND-Operation LANZE dort bis heute fortgeführt.

Chiffrierwesen

In einem Gespräch mit Franz Schlichter im Januar 1978 beklagte sich der BND-Vizepräsident, daß in der neuen Aufgabenbeschreibung des BND die Zentralstelle für das Chiffrierwesen ganz ausgespart wäre. Doch der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt befand, das sei besser „als wenn plötzlich herauskäme, welcher Kontakt zwischen BND und ZfCh bestünde“. Dabei handelte es sich nicht etwa nur um einen bloßen Kontakt, sondern die Zentralstelle für das Chiffrierwesen am Mehlemer Kreuz in Bonn-Bad Godesberg war bis 1989 die Unterabteilung 62 des BND mit den fünf Referaten Allgemeine kryptologische und zentrale Aufgaben, Mathematik, Kryptotechnik, Dechiffrierung A und Dechiffrierung B. Ihr Schwerpunkt lag nicht auf der Kryptoanalyse, sondern auf der Verschlüsselung von Informationen und so fungierte sie zugleich als „Leitstelle“ für alle Organe des Bundes. Deshalb wurde die Bundeswehr im März 1975 beispielsweise vom BND angewiesen, „alle Chiffriermittel, die durch den unter Spionageverdacht stehenden Offizier des Amtes für Fernmeldewesen kompromittiert sein könnten, außer Kraft zu setzen“ und dabei auf die Amtshilfe des Direktors ZfCh zurückzugreifen.

Bereits 1947 hatte Erich Hüttenhain mit der „Studiengesellschaft für wissenschaftliche Arbeiten“ (Study Group for Scientific Investigation) in Oberursel in der Organisation Gehlen den Grundstock für die ZfCh gelegt. Mit Erlaubnis der Hohen Alliierten Kommission wurde 1950 im Auswärtigen Amt als Referat 114 unter Leitung von Adolf Paschke ein kryptologischer Dienst errichtet, der durch einen wissenschaftlichen Beirat aus Erich Hüttenhain, Kurt Selchow, Rudolf Schauffler und Heinz Kuntze angeleitet wurde. Mit der Entscheidung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wurde dieses Referat 1955 aufgelöst, alle übergeordneten Ver- und Entschlüsselungsverantwortlichkeiten 1956 beim BND konzentriert, während die Kompetenzen der Bundeswehr auf einfache Schlüsselmethoden beschränkt wurden⁹.

Das Kryptowesen wird von einem ständigen Wettlauf zwischen Verschlüsselungsmethoden und dem Knacken dieser Codes bestimmt. So warnte BND-Vizepräsident Blötz am 28. August 1973 in einem Vortrag im Richthofensaal auf der Hardthöhe vor der Zunahme von nicht mehr entzifferbarer Verschlüsselung von Funkverkehren, und betonte, die Gegenmaßnahmen erforderten ständig große Anstrengungen und blockierten zusätzliche Mitarbeiter und Geld.

Von Nutzen war dem BND seine einflußreiche Stellung beim Export von Chiffriertechnik an dritte Staaten, in die er trojanische Pferde einbauen lassen konnte. Unter dem Fachbegriff Gelbstrich-Meldungen firmieren in Pullach solche Funksprüche, die aufgrund der Kenntnis der Technologie, die der BND beispielsweise nach Argentinien, Brasilien und Mexiko, nach Japan, Malaysia und Indien, nach Nigeria oder Israel exportieren ließ, entziffert werden können. Der Schwerpunkt der Empfängerländer lag mit Ägypten, Irak, Iran, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Pakistan, Sudan, Syrien und Tunesien im arabischen Raum. Einer solchen Gelbstrichmeldung verdankte der BND beispielsweise die Information, daß es Ende November/Anfang Dezember 1975 in Kairo zu einer Zusammenkunft iranischer, saudiarabischer und ägyptischer Nachrichtendienstler gekommen war und im Juni 1976 fingen die Pullacher Lauscher einen Funkspruch des Teheraner Residenten in Kairo an seine Zentrale über den Besuch einer BND-Delegation in der ägyptischen Hauptstadt ab.

Auch über NATO-Partner fallen Gelbstrichmeldungen an z.B. über Irland, Italien, Spanien und die Türkei. Was Gehlen unter dem Stichwort Westaufklärung begonnen hatte, setzten seine Nachfolger auch im Fernmeldebereich fort. Im Juli 1973 verzeichnete der BND einen starken Rückgang der BEGONIE-NARZISSE-Gelbstrichmeldungen, d.h. Dänemark und Frankreich hatten im Wettkampf zwischen Ver- und Entschlüsselung zeitweise die besseren Karten, und der BND-Vizepräsident ordnete eiligst eine Überprüfung der Ursachen an. Die „Bundesstelle für Fernmeldestatistik, Prüfstelle“ in Monschau-Höven dient dem BND zum Abhören des Fernschreib- und Funkverkehrs aller wichtigen Botschaften in Bonn. Nach dem Regierungsumzug im Sommer 1999 wird ein neuer Lauschposten diese Aufgabe übernehmen müssen.

Auf der anderen Seite spielte für das Ansehen des BND bei den Partnerdiensten die Leistungsfähigkeit der deutschen Dechiffrierer eine wichtige Rolle, führte beispielsweise im April 1973 zum „Materialaustausch von chiffriertem Rohmaterial mit HOCKEY“, dem britischen GCHQ. Den allergrößten Gefallen erwiesen die Experten von ZfCh den Briten allerdings 1988, als sie als einziger NATO-Dienst während des Falklandkrieges den Funkverkehr zwischen Buenos Aires und den argentinischen Truppen auf den besetzten Inseln nicht nur erfassen, sondern auch dank eines Schlüssels knacken konnten, den die Abwehr im Zweiten Weltkrieg von den Franzosen erbeutet hatte.

Die strategisch wichtige Aufklärungsstation ADVOOKAT bezog die Republik Südafrika von AEG-Telefunken und nahm sie 1975 in der Silbermine von Simonstown in Betrieb. Im September 1977 schlug der Mitarbeiter von ZfCh RAVE der Leitung des BND vor, Spezialisten seiner Dienststelle nach Südafrika zu entsenden. Man habe dem Partnerdienst PANTHER zwar bereits acht Entschlüsselungsverfahren überlassen, aber die Nachrichtendienstler Pretorias seien offensichtlich nicht in der Lage, Entschlüsselungen aufgrund dieser Unterlagen vorzunehmen. Die politische Brisanz einer solchen Unterstützung des unter UN-Embargos stehenden Apartheidsstaats wurde in Pullach zwar erkannt, dennoch erhielt Südafrikas Geheimdienst technische und logistische Hilfe. Laut Gert Hugo, bis 1991 Leiter des Sicherheitsdienstes von Ciskei, bildete der BND südafrikanische Agenten bis 1984 in dreimonatigen Kursen auf dem Gebiet der elektronischen Überwachung aus.

Das am 17.12.1990 gegründete Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist aus der ZfCh des BND hervorgegangen. 1989 wurde die Zentralstelle aus dem BND ausgegliedert und zunächst in "Zentralstelle für Sicherheit in der Informationstechnik" umbenannt, bevor sie dann zum Bundesamt mit etwa 300 Mitarbeitern UND DEM Innenministerium unterstellt wurde. Kritiker vermuteten von Anfang an, daß hier eine deutsche Mini-NSA geschaffen würde.

Erster Leiter der Zentralstelle und des Bundesamts war Otto Leiberich, der seit 1957 beim Bundesnachrichtendienst arbeitete, ab 1962 dort oberster Mathematiker und bis 1989 auch Leiter von ZfCh war. Mehr noch als diese personelle Kontinuität dokumentiert der Verlauf einer Sitzung des geheimen Haushaltsgremiums des Bundestages das Zusammenwirken von BND und BSI. Vor der Präsidentin des Bundesrechnungshofs begründete der Leiter der Fernmeldeaufklärung in Pullach, warum das BSI 1994 einen millionenteuren Großrechner für das Code-breaking benötige.

In der neuen Gliederung des abgespeckten BND untersteht die „Entzifferung“ 1998 wieder seiner Abteilung 2. Der BND hat seine klassische Stärke im Entschlüsseln mit Hilfe amerikanischer Supercomputer bewahrt, kann die Codes vieler Staaten knacken - nur japanische und italienische gegenwärtig nicht.

Rechtsgrundlagen

Das Verwanzen von Botschaften und Lauschangriffe auf das diplomatische Personal gehören weltweit zu der speziellen Gastfreundschaft, die Geheimdienste den Vertretern anderer Staaten angedeihen lassen. 1976 konstatierte der BND beispielsweise, daß in der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau mit zehn doppelt so viele Mikrofone wie im Vorjahr aufgespürt werden konnten. Er selbst führte schon am Ende der fünfziger Jahre Lauschangriffe auf die sowjetische Handelsmission in Köln und von Russen bewohnte

Wohnungen im Großraum Köln/Bonn durch und nahm auch die chinesische Nachrichtenagentur HSIN-HUA in Bad Godesberg ins Visier.

Der BfV-Angestellter Werner Pätsch hatte 1963 aus Gewissensnot ein illegales Zusammenwirken des Bundesamts für Verfassungsschutz mit alliierten Diensten ans Licht gebracht. Im Rahmen dieser Affäre wurde deutlich, daß die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ohne gesetzliche Schranken nach Belieben in das Post- und Fernmeldegeheimnis der Bundesbürger eindringen. Mit einem Notstandsgesetz, dem G-10-Gesetz vom 13. August 1968, erfolgte die Ablösung dieser alliierten Rechte. Der BND übte ab da die strategische Kontrolle und die Post- und Fernmeldekontrolle gegenüber einzelnen zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung, für die Sicherheit der Bundesrepublik oder die auf ihrem Boden stationierten alliierten Truppen aus. Im Sommer 1971 ging die Anordnungsbefugnis für die strategische Fernmeldekontrolle vom BND auf das Bundeskanzleramt über. Leitungsverkehre können vom BND auch als Amtshilfe für andere Sicherheitsbehörden mit Genehmigung der G-10-Kommission des Deutschen Bundestags überwacht werden und der BND muß sich auch hier jeweils auf den neuesten Stand der Technik bringen, 1974 beispielsweise durch die Beschaffung von Systemen für neue, hochfrequente Leitungen. Zu seinen eigenen Aktionen gegen Diplomaten zählte Anfang 1975 die Operation FLATTERMANN, bei der per G-10-Kontrolle der Protokollchef der DDR-Vertretung in Bonn, Günter Marsch, abgehört wurde. Marsch hatte zwar telefonisch Kontakte zu 36 „Modellen“ und Dirnen aufgenommen, dabei u.a. die Frage gestellt, ob er zu den Verabredungen Fotopapier mitbringen solle. Durch eine Observation konnte jedoch festgestellt werden, daß es trotz zahlreicher Terminabsprachen zu keiner Begegnung mit dem horizontalen Gewerbe gekommen war. Da diese Überwachung nichts wirklich für eine nachrichtendienstliche Ansprache Verwertbares ergab, erhielt der DDR-Staatssekretär Vogel Anfang 1975 vom Chef des Bundeskanzleramts einen diskreten Hinweis auf die Umtriebigkeit von Marsch.

Zu den großen Geheimdienstskandalen der Bundesrepublik gehören der Fall des Atomwissenschaftlers Klaus Traube, d.h. die illegale Telefonüberwachung eines vermeintlichen Sympathisanten von Terroristen 1975 durch das BfV, deretwegen Innenminister Werner Maihofer seinen Hut nehmen mußte. Der BND hatte dabei nur Amtshilfe geleistet, wie er es auch bei legalen Abhörmaßnahmen regelmäßig für den MAD, das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz tut. Auch den Bundes- und Landeskriminalämtern gewährt der BND Unterstützung durch Technik und Personal für ihre Lauschangriffe. Im Februar 1974 gab BND-Präsident Gerhard Wessel beispielsweise sein Einverständnis, daß dem Amtshilfeersuchen des Landeskriminalamtes Bayern zu einem Lauschangriff auf Baader-Meinhof-Sympathisanten stattgegeben wurde. Vorsichtshalber ordnete er an, daß die damit betrauten BND-Mitarbeiter für die Zeit ihres Einsatzes zum LKA in München abgestellt oder abgeordnet werden sollten.

Im November 1976 haben - nach Aussage des betroffenen Schriftstellers - BND-Angehörige der BILD-Redaktion in Köln sogar „Amtshilfe“ beim Abhören von Günter Wallraff geleistet.

Das neue Verbrechenbekämpfungsgesetz passierte den Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat im Sommer 1994 und wurde am 21. September im Bundestag gegen die Stimmen von Bündnis90/DIE GRÜNEN und PDS verabschiedet. Der Datenschutzbeauftragte des Bundestags hatte in der öffentlichen Anhörung am 11. April 1994 eindringlich vor Freiheitseinbußen für die Bürgerinnen und Bürger gewarnt, weil mit der Einbeziehung des Geheimdienstes in die Verbrechenbekämpfung täglich viertausend bzw. jährlich 1,5 Millionen Gespräche ausgewertet würden, und empfahl "eine aussagekräftige Unterrichtung des Parlaments und der Öffentlichkeit über die Arbeit des BND, und zwar, wie zuverlässig das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen gewahrt wird und ob sich der Aufwand für die erweiterten Befugnisse rechtfertigt".

Ziel dieses Gesetzes war es, den BND für seine neuen Aufgaben im Bereich internationaler Terrorismus, Waffen- und Technologietransfer, Drogenhandel, grenzüberschreitende Geldfälschung und -wäsche zu rüsten, ihm die Kontrolle des nicht leitungsgebundenem Fernmeldeverkehrs zu ermöglichen sowie entsprechende direkte Telefonkontrollen und Lauschangriffe auf Antrag des Bundesinnenministers und der G-10-Kommission des Bundestages zu erlauben¹⁰.

Bereits im Juli 1995 erließ das Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung, die einen Großteil der neuen Eingriffsrechte wieder suspendierte und im Juli 1999 erklärte das oberste deutsche Gericht Teile des Verbrechenbekämpfungsgesetzes für verfassungswidrig. Am 1. März 1996 begann der BND offiziell mit der strategischen Kontrolle und nutzte dazu 1998 eine Wortbank mit 6979 von der G-10-Kommission genehmigten Namen, Begriffen und Anschlußnummern. Ihre weitgehende Erfolglosigkeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität führten die Pullacher auf die Einschränkungen durch das Bundesverfassungsgericht zurück. Am 23. Dezember 1996 legte BND-Präsident Hans Jörg Geiger in Karlsruhe den „Bericht über die Durchführung strategischer Kontrollmaßnahmen gem. Art. 1 §3 G10“ vor, und der hielt es für unabgebracht „wegen der geringen Zahl der übermittelten Meldungen den Sinn strategischer Kontrollmaßnahmen ... in Frage zu stellen“. Der BND beteuerte in dieser Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht, von den täglich nur 15.000 Fernmeldeverkehren, die er kapazitätsbedingt empfangen könne, gerieten nach maschineller Trennung und Selektion sowie menschlicher Nachrichtenbearbeitung nur fünf Meldungen pro Tag in die Auswertung. Kritische Experten sind der Auffassung, der deutsche Auslandsnachrichtendienst habe hier sein Licht zu sehr unter den Scheffel gestellt. Bei Fax- und Telexverbindungen lassen sich - technisch bedingt - sowohl Sender als auch Empfänger feststellen, während bei Telefongesprächen nur die „downlinks“, die Abstrahlungen des Satelliten nach unten, in die Antennenspiegel einfallen. So argumentierte der BND: Von „einem Sprachverkehr, der über

Satellit beispielsweise zwischen Europa und Asien geführt wird, kann der Bundesnachrichtendienst nur denjenigen Teil erfassen, der vom asiatischen Teilnehmer ausgeht und vom Satelliten nach Europa abgestrahlt wird. Die korrespondierenden Äußerungen des europäischen Teilnehmers können vom Bundesnachrichtendienst in diesem Fall schon aus technisch-physikalischen Gründen nicht erfaßt werden“.

Das war nur die halbe Wahrheit, denn seine SATINT-Joint-Ventures mit Taiwan oder in Französisch-Guayana und Neu-Kaledonien betreibt Pullach ja auch deshalb, um die „korrespondierenden Äußerungen“ einzutauschen.

Anmerkungen

1 Vgl. Amt Blank, Militärische Abteilung: Handakte Heusinger. Bundesarchiv-Militärarchiv BW 9/3574, Blatt 26-39.

2 Z.B. Wilhelm Breede, der in Smolensk als Chefentschlüssler der Wehrmacht eingesetzt war und 1945 zur Wehrmachtsabteilung Fremde Heere Ost unter Leitung von Reinhard Gehlen übergewechselt war.

3 Mitteilung eines im Horchdienst der Wehrmacht in Finnland eingesetzten Offiziers vom Februar 1986, der sich jedoch für den zivilen Beruf eines Architekten entschied.

4 Vgl. Beobachtungs-Gebiete der H.-Stelle Lauf, Dokument im Fernmeldemuseum der Bundeswehr in Feldafing

5 Der Beitrag beruht überwiegend auf neuen Recherchen und Originalakten des BND. Sofern nicht anders ausgewiesen sind Quelle der veröffentlichten Informationen: Erich Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase. Der BND. Düsseldorf 1993; ders.: Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND. Düsseldorf 1995 und ders. und Jo Angerer: Die schmutzigen Geschäfte der Wirtschaftsspione. Düsseldorf 1994.

6 Die Gruppe Fernmeldewesen des BGS und das Zollkriminalamt können im Rahmen dieses Beitrags nicht näher dargestellt werden. Das ZKA in Köln bekam 1991 im Achten Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes Aufklärungskompetenzen einschließlich der Post- und Fernmeldekontrolle und wurde damit zum vierten Nachrichtendienst auf Bundesebene.

7 Vgl. Entwurf Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1957, Einzelplan 04, Kapitel 04 im Bundesarchiv Koblenz, Bestand Bundeskanzleramt B 136/4885

8 Die Geschichte der Fernmeldetruppe des Heeres ist ausführlich dargestellt bei Rudolf Grabau: Die Fernmeldetruppe des Heeres, Bd. 1-4., Fernmeldering e.V., Bonn 1995-1999.

9 Vgl. zur Frühgeschichte des Kryptowesens in der Bundesrepublik Michael von der Meulen: Cryptology in the Early Bundesrepublik, in: Cryptologica July 1996.

10 Vgl. Karl-Ludwig Haedige: Das neue Nachrichtendienstrecht für die Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1998, 209ff.